

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/258

Der Ministerpräsident
des Landes Schleswig-Holstein
Vertretung des Landes
Schleswig-Holstein beim Bund



Der Ministerpräsident | Vertretung des Landes Schleswig-Holstein
beim Bund | In den Ministergärten 8 | 10117 Berlin

Vorsitzenden des Europaausschusses
Herrn Peter Lehnert, MdL
Schleswig-Holsteinischer Landtag
Postfach 7121
24171 Kiel

Dienststellenleiterin

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: /
Meine Nachricht vom: /

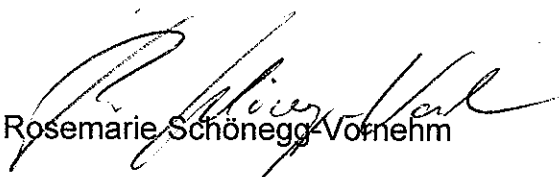
Rosemarie Schöneegg-Vornehm
Rosemarie.Schoenegg@lv.landsh.de
Telefon: 030 746847-106
Telefax: 030 746847-505

19 Oktober 2012

Sehr geehrter Herr Lehnert,

im Auftrag von Herrn Staatssekretär Stefan Studt übermittle ich Ihnen in der Anlage einige Hinweise zu wichtigen und / oder für das Land Schleswig-Holstein besonders relevanten Tageordnungspunkten der 902. Bundesratssitzung am 02.11.2012 auf der Grundlage der vorläufigen Tagesordnung, die ich Ihnen ebenfalls beigelegt habe.

Mit freundlichen Grüßen


Rosemarie Schöneegg-Vornehm

Anlagen

3. Gesetz zur Neuordnung der Postbeamtenversorgungskasse (PVKNeuG)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 585/12
Ausschussbeteiligung

- Fz -

4. Gesetz zur Änderung personenbeförderungsrechtlicher Vorschriften

gemäß Artikel 84 Absatz 1
Satz 5 und 6,
Artikel 87e Absatz 5 und
Artikel 106a Satz 2 GG
Drucksache 586/12
zu Drucksache 586/12
Ausschussbeteiligung

- Vk -

5. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 587/12
Ausschussbeteiligung

- Wi -

6. Gesetz zu dem Abkommen vom 3. Juli 2009 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Bermuda über den Auskunftsaustausch in Steuersachen

gemäß Artikel 108 Absatz 5 GG
Drucksache 588/12
Ausschussbeteiligung

- Fz -

7. Gesetz zu dem Abkommen vom 28. Oktober 2011 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Montserrat über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen durch Informationsaustausch

gemäß Artikel 108 Absatz 5 GG
Drucksache 589/12
Ausschussbeteiligung

- Fz -

8. Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung des Mindestlohnes (Mindestlohngesetz - MinLoG)

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Länder Thüringen und
Brandenburg
Drucksache 542/12
Ausschussbeteiligung

- AS - Fz - In -
- Wi -

9. Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Beherbergungsleistungen

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Länder Schleswig-Holstein
und Bremen, Nordrhein-Westfalen
Drucksache 485/12
Ausschussbeteiligung

- Fz - Wi -

10. Entschließung des Bundesrates zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und Einbeziehung der betroffenen Personengruppen in die bestehenden Leistungssysteme nach den Sozialgesetzbüchern Zweites und Zwölftes Buch

Antrag der Länder Rheinland-Pfalz,
Brandenburg, Schleswig-Holstein und
Bremen
Drucksache 576/12
Ausschussbeteiligung

- AS - Fz - In -

11. Entwurf eines Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 555/12
Ausschussbeteiligung

- AV - Fz - G -

12. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung agrarmarktrechtlicher Bestimmungen

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 556/12
Ausschussbeteiligung

- AV -

13. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2012/.../EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Anpassung des Aufsichtsrechts an die Verordnung (EU) Nr. .../2012 über die Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (CRD IV-Umsetzungsgesetz)

gemäß Artikel 76 Absatz 2
Satz 3 und 4 GG
Drucksache 510/12
zu Drucksache 510/12
Ausschussbeteiligung

- Fz - In - R -
- Wi -

14. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2012)

gemäß Artikel 110 Absatz 3 GG
Drucksache 590/12
Ausschussbeteiligung

- Fz -

15. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 557/12
Ausschussbeteiligung

- In - AS - Fz -
- R - U - Vk -
- Wi -

16. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2012/6/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 zur Änderung der Richtlinie 78/660/EWG des Rates über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen hinsichtlich Kleinbetrieben (Kleinstkapitalgesellschaften-Bilanzrechtsänderungsgesetz - MicroBiG)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 558/12
Ausschussbeteiligung

- R - Fz - Wi -

17. Entwurf eines Gesetzes über den Umfang der Personensorge bei einer Beschneidung des männlichen Kindes

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 597/12
Ausschussbeteiligung

- R - FJ - FS -
- G -

18. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 560/12
Ausschussbeteiligung

- U -

19. Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 16. Mai 2012 zu den Anliegen der irischen Bevölkerung bezüglich des Vertrags von Lissabon

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 521/12
Ausschussbeteiligung

- EU -

20. Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 9. Dezember 2011 über den Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 523/12
Ausschussbeteiligung

- EU -

21. Abschlussbericht der informellen Gruppe elf europäischer Außenminister zur Zukunft der Europäischen Union

Drucksache 564/12
Ausschussbeteiligung

- EU - Wi -

22.

- a) Tätigkeitsbericht 2010/2011 der Bundesnetzagentur -
Telekommunikation
mit
Sondergutachten der Monopolkommission -
Telekommunikation 2011: Investitionsanreize stärken,
Wettbewerb sichern

gemäß § 121 Absatz 1 und
Absatz 2 TKG
Drucksache 823/11
Ausschussbeteiligung

- Wi -

- b) Tätigkeitsbericht 2010/2011 der Bundesnetzagentur - Post
mit
Sondergutachten der Monopolkommission -
Post 2011: Dem Wettbewerb Chancen eröffnen

gemäß § 47 Absatz 1 PostG und
§ 121 Absatz 2 TKG i.V.m.
§ 44 PostG
Drucksache 824/11
Ausschussbeteiligung

- Wi -

- c) Tätigkeitsbericht 2010/2011 der Bundesnetzagentur -
Telekommunikation und Post
mit
den Sondergutachten der Monopolkommission -
Telekommunikation 2011: Investitionsanreize stärken,
Wettbewerb sichern
sowie
Post 2011: Dem Wettbewerb Chancen eröffnen -
Drucksachen 17/8246 und 17/8245 -
Stellungnahme der Bundesregierung

gemäß § 121 TKG und
§§ 44, 47 PostG
Drucksache 531/12
Ausschussbeteiligung

- Wi -

23. Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Übertragung besonderer
Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf
die Europäische Zentralbank

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 546/12
zu Drucksache 546/12
Ausschussbeteiligung

- EU - Fz - R -
- Wi -

24. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Bankenaufsichtsbehörde) hinsichtlich ihrer Wechselwirkungen mit der Verordnung (EU) Nr. .../... des Rates zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 547/12
zu Drucksache 547/12
Ausschussbeteiligung

- EU - Fz - Wi -

25. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe "EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe"

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 568/12
zu Drucksache 568/12
Ausschussbeteiligung

- EU - FJ - In -

26. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 544/12
zu Drucksache 544/12
Ausschussbeteiligung

- EU - Fz - In -

27. Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Entscheidung Nr. 573/2007/EG, der Entscheidung Nr. 575/2007/EG und der Entscheidung 2007/435/EG des Rates im Hinblick auf die Anhebung des Kofinanzierungssatzes des Europäischen Flüchtlingsfonds, des Europäischen Rückkehrfonds und des Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen in Bezug auf bestimmte Vorschriften zur finanziellen Abwicklung für bestimmte, hinsichtlich ihrer Finanzstabilität von gravierenden Schwierigkeiten betroffene oder bedrohte Mitgliedstaaten

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 562/12
zu Drucksache 562/12
Ausschussbeteiligung

- EU - In -

28. Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Entscheidung Nr. 574/2007/EG im Hinblick auf die Anhebung des Kofinanzierungssatzes des Außengrenzenfonds für bestimmte, hinsichtlich ihrer Finanzstabilität von gravierenden Schwierigkeiten betroffene oder bedrohte Mitgliedstaaten

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 563/12
zu Drucksache 563/12
Ausschussbeteiligung

- EU - In -

29. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament:
Forschung und Innovation für die künftige Mobilität Europas -
Entwicklung einer europäischen Strategie für Verkehrstechnologie

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 549/12
Ausschussbeteiligung

- EU - Fz - U -
- Vk - Wi -

30. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Förderung der gemeinsamen Nutzung von Funkfrequenzen im Binnenmarkt

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 527/12
Ausschussbeteiligung

- EU - In - K -
- Wi -

31. Verordnung über das Inverkehrbringen von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln (Düngemittelverordnung - DüMV)

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 435/12
Ausschussbeteiligung

- AV - G - U -

32. a) Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union (Arbeitsgruppe der EASO (Unterstützungsbüro für Asylfragen) "EASO Practical Cooperation-EURASIL")

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m.
Abschnitt I der Bund-Länder-
Vereinbarung
Drucksache 539/12
Ausschussbeteiligung

- EU - In -

- b) Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union (SOGS Arbeitsgruppe Marktüberwachung der Kommission zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 (Senior Officials Group on Standardisation and Conformity Assessment Policy))

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m.
Abschnitt I der Bund-Länder-
Vereinbarung
Drucksache 540/12
Ausschussbeteiligung

- EU - Wi -

33.

- a) Benennung eines Mitglieds des Kuratoriums der Stiftung "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland"

gemäß § 7 Absatz 3 des Gesetzes zur
Errichtung einer Stiftung "Haus der
Geschichte der Bundesrepublik
Deutschland"
Drucksache 567/12
Ausschussbeteiligung

- K -

- b) Benennung eines Mitglieds des Kuratoriums der Stiftung "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland"

gemäß § 7 Absatz 3 des Gesetzes zur
Errichtung einer Stiftung "Haus der
Geschichte der Bundesrepublik
Deutschland"
Drucksache 593/12
Ausschussbeteiligung

- K -

34. Benennung eines stellvertretenden Mitglieds für den Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

gemäß § 5 Absatz 1 und 5 BEGTPG
Drucksache 609/12
Ausschussbeteiligung

- Wi -

35. Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

Drucksache 594/12
Ausschussbeteiligung

- R -

TOP: 9 v

Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Beherbergungsleistungen

Initiative: Gesetzesantrag des Landes Schleswig-Holstein

Drs.: 485/12

Inhalt

Durch den GE soll ab 2013 wieder der Regelsteuersatz von 19 % für Beherbergungsleistungen gelten.

Argumente:

- Die Höhe des Umsatzsteuersatzes hat allenfalls in sehr grenznahen Bereichen und dort auch nur eine untergeordnete Wettbewerbsbedeutung.
- Kleine und mittlere touristische Unternehmen sind durch ein zielgenaueres Instrumentarium besser zu fördern.
- Der GE ist ein Beitrag zum Bürokratieabbau, da die Aufteilung zwischen begünstigten und nicht begünstigten Beherbergungsleistungen entfällt.
- Der Umstellung zum Jahresbeginn ist buchführungstechnisch am einfachsten zu bewerkstelligen.

TOP: 10 v

Entschließung zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und Einbeziehung der betroffenen Personengruppen in die bestehenden Leistungssysteme nach SGB II und XII

Initiative: RP, BB, SH, HB

Drs. 576/12

Inhalt

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, schnellstmöglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem das Asylbewerberleistungsgesetz aufgehoben und der Kreis der nach diesem Gesetz leistungsberechtigten Personen (Asylbewerber, Kriegsflüchtlinge, Opfer von Menschenhandel, Geduldete sowie weitere Personen ohne Daueraufenthaltsrecht) in die Regelungen des SGB II (für erwerbsfähige Personen) sowie des SGB XII (für nicht erwerbsfähige Personen) einbezogen werden soll. Soweit den Kommunen hierdurch finanzielle Mehrbelastungen entstünden, z.B. durch Einbeziehung von Leistungsbeziehern in das Bildungs- und Teilhabepaket, sollen diese vom Bund ausgeglichen werden.

TOP: 11 v

Entwurf eines Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

Initiative: Bundesregierung

Drs.: 555/12

Inhalt

Ziel des Gesetzes ist es, Maßnahmen zu treffen, um den Einsatz von Antibiotika bei der Haltung von Tieren zu reduzieren und den sorgfältigen Einsatz und verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika zur Behandlung von erkrankten Tieren zu fördern und zu verbessern.

Das Risiko der Entstehung und Ausbreitung von Antibiotikaresistenzen soll begrenzt werden sowie der Überwachung eine effektivere Aufgabenwahrnehmung, insbesondere im Tierhaltungsbetrieb, ermöglicht werden.

TOP: 13 v

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2012/.../EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Anpassung des Aufsichtsrechts an die Verordnung (EU) Nr. .../2012 über die Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen - CRD IV-Umsetzungsgesetz

Initiative: Bundesregierung

Drs.: 510/12

Inhalt

Der Gesetzentwurf setzt europäische Vorgaben über die Zulassung und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen sowie die diesbezüglichen Aufsichtsanforderungen um, welche letztlich ihrerseits „Basel III“ umsetzen sollen.

Die übergeordneten Ziele sind:

- Banken sollen **Verluste besser auffangen** können. Dazu soll das sog. „harte Kernkapital“ der Banken erhöht werden. Neue Kapitalpuffer sollen in wirtschaftlich guten Zeiten angelegt werden, um für Konjunkturschwankungen besser vorzusorgen. Es können an global agierende, systemrelevante Banken oder für systemische Risiken können noch weitergehende zusätzliche Anforderungen gestellt werden.
- Banken müssen zudem ihre eingegangenen **Risiken** besser **überwachen und kontrollieren**. Die Anforderungen an die wirksame und umsichtige Führung einer Bank werden erhöht.
- Gleichzeitig wird die **Transparenz** des Bankgeschäfts verbessert und eine stärkere Offenlegung gegenüber den Aufsichtsbehörden bei Millionenkrediten eingeführt.

Der Gesetzentwurf ändert diverse Gesetzen (u.a. KreditwesenG, PfandbriefG, Einlagensicherungs- und AnlegerentschädigungsG).

TOP: 17v

Entwurf eines Gesetzes über den Umfang der Personensorge bei einer Beschneidung des männlichen Kindes

Initiative: Bundesregierung

Drs.: 597/12

Inhalt

Der GE regelt - vor dem Hintergrund des Urteils des Landgerichts Köln vom Mai 2012 zur Strafbarkeit religiöser Beschneidungen –, dass bei der notwendigen Abwägung zwischen dem Schutzbereich des Art.2 Abs.2 S.1 GG (Recht auf körperliche Unversehrtheit) und dem Grundrecht der Eltern auf Erziehung in Art.6 Abs.2 GG sowie – bei religiöser Motivation – der Religionsfreiheit in Art.4 Abs.2 GG unter bestimmten Voraussetzungen eine Beschneidung durchgeführt werden kann. Voraussetzung ist, dass diese nach den Regeln der ärztlichen Kunst erfolgt, und das Kindeswohl nicht gefährdet ist. Der für die Vornahme der Beschneidung in Frage kommende Personenkreis wird auf Personen erweitert, die hierfür

1. von einer Religionsgesellschaft vorgesehen sind,
2. besonders ausgebildet wurden und
3. einem Arzt vergleichbar befähigt sind.

Auch bei Vorliegen dieser Voraussetzungen erstreckt sich die Berechtigung auf Kinder im Alter von bis zu 6 Monaten.